

Bern, 14. Dezember 2022

## **Kooperation Ostermundigen - Bern, Stellungnahme Grüne Freie Liste der Stadt Bern**

### **Frage 1**

*Die vorliegenden Fusionsdokumente und der Erläuterungsbericht geben die Verhandlungsergebnisse aus den drei Teilprojekten Politische Strukturen, Aufgabenerfüllung und Personal wieder. Der Bericht zum Teilprojekt Finanzen beleuchtet die finanziellen Aspekte einer möglichen Fusion.*

*Sind aus Ihrer Sicht sämtlichen relevanten Aspekte in den Unterlagen abgehandelt oder fehlen wichtige Punkte?*

Die Grüne Freie Liste Stadt Bern (GFL) erachtet die Fusionsdokumente als sehr umfassend, detailliert und pragmatisch ausgearbeitet und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

### **Frage 2**

*Befürworten Sie zum heutigen Zeitpunkt eine Fusion zwischen der Stadt Bern und der Einwohnergemeinde Ostermundigen? Welches sind die Gründe für Ihre Haltung dazu?*

Wirtschaftlich, sozial und kulturell sind Ostermundigen und die Stadt Bern längst ein Raum. Daher wird es Zeit, dass die Politik nachzieht. Die Fusion ist eine grosse Chance und bietet Vorteile auf verschiedenen Ebenen für beide Gemeinden. Die GFL sieht der Fusion positiv entgegen und freut sich darauf, den Weg gemeinsam mit Ostermundigen zu gehen. Dieser Weg bietet die Chance die linksgrünen Anliegen und Werte der Stadt Bern auf ein grösseres Gebiet auszudehnen - insbesondere in den drei Kernanliegen der GFL:

Grün: Die Fusion soll dazu beitragen, die Bekämpfung der Klimakrise zu stärken und wirksame Massnahmen auf ein grösseres Gebiet auszudehnen. Wir sind immer wirksamer und effizienter, wenn wir Synergien nutzen. Mit der Fusion kann auch die nachhaltige Mobilität (OeV, Langsamverkehr) weiter ausgebaut werden. Die Verkehrsnetze bilden so auch institutionell eine Einheit.

Sozial: Die Stadt Bern hat gut ausgebaute Sozialleistungen, welche über den kantonalen Mindeststandard hinausgehen. Andererseits sind die Wohnungsmieten je nach Quartier in der Stadt sehr hoch, weshalb vermehrt Menschen mit geringem Einkommen nach Ostermundigen ziehen, weil sie es sich in der Stadt Bern nicht mehr leisten können. Wir sind für eine gute Vermischung auf gesamtstädtischem Gebiet. Es ist für die GFL ferner nicht nachvollziehbar, dass in einem längst zusammengewachsenen Lebensraum eine künstliche Gemeindegrenze über die Höhe der Sozialleistungen entscheiden soll. Für uns als soziale Partei ist es essenziell, dass die Einwohner:innen beider Gemeinden künftig vom höheren Leistungslevel in Bern profitieren können.

Liberal: Eine grössere Gemeinde bringt Wettbewerbsvorteile hinsichtlich Wirtschafts- und Bildungsstandort. In Ostermundigen haben sich vermehrt grosse Firmen wie Emmi angesiedelt, dies unter anderem deshalb, weil die notwendigen Verfahren rasch und unkompliziert abgewickelt werden können. Davon sollte die Stadt Bern lernen. Auch das Kleingewerbe ist in Ostermundigen gut etabliert, was zu positiven Spillover-Effekten für die Stadt Bern führen kann.

Wir hoffen, dass auch die Stadtberner Bevölkerung die positiven Effekte der Fusion anerkennen wird.

### Frage 3

*Haben Sie Bemerkungen oder Fragen zur Fusion resp. zu den vorliegenden Unterlagen?*

Gemeinderat (Art. 19, FV & Art. 7-9, FusR) und fusionsbeauftragte Person (Art. 18, FV und Art. 6, FusR): Die GFL begrüsst die angekündigte Erhöhung des Gemeinderats von fünf auf sieben Exekutivmitglieder in der folgenden Legislaturperiode nach der Fusion. Diese Erhöhung ist angesichts der Grösse der Direktionsbereiche angebracht. Gleichzeitig begrüsst die GFL auch, dass in einem Zwischenschritt eine fusionsbeauftragte Person die Interessen von Ostermundigen im GR vertritt. Diese Funktion ist wichtig, damit Ostermundigen die Gewissheit bekommt, dass ihre Anliegen nach der Fusion auch ohne garantierten Sitz im Gemeinderat gehört werden.

Stadtteilpartizipation (Art. 20, FV & Art. 10 - 17, FusR): Die GFL befürchtet, dass das Zugeständnis einer Stadtteilkommission in Ostermundigen auf Unverständnis bei den Stadtberner Quartierkommissionen stossen könnte. Umso mehr ist es wichtig, dass allfällige Befürchtungen der Quartierorganisationen abgeholt und

berücksichtigt werden. Für die GFL stellt die Stadtteilkommission Ostermundigen ein innovatives Modell mit Pilotcharakter dar, welche zudem als wichtige Absicherung für Ostermundigen verstanden werden kann. Das nicht alle Stadtteile die gleiche Stadtteilpartizipation haben würden, sehen wir als Chance und nicht als Nachteil. Wir könnten die beiden Systeme beobachten und in enger Absprache mit den jeweiligen Quartierkommissionen analysieren, wie die unterschiedlichen Partizipationsformen funktionieren und wie sie verbessert werden können. Es liegt nicht in unserem Interesse, Ostermundigen das Stadtberner Modell aufzudrängen. Die Ostermundiger sind mit ihrem Modell sehr zufrieden und setzen sich für dessen Fortbestand ein. Und auch die GFL ist der Meinung, dass die Stadtberner Quartierkommissionen von der lebendigen Quartierkommission in Ostermundigen lernen können.

Personal (Art. 25 - 30, FV): Die GFL geht davon aus, dass die zurzeit noch offenen Fragen in weiteren Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern bzw. mit den Gewerkschaften einvernehmlich geklärt werden. Gleichzeitig scheint es aber wichtig, das Personalwesen der fusionierten Gemeinde zu modernisieren, beispielsweise durch flexible Arbeitsmodelle.

Klima, Energie und Verkehr (Art. 52, 62-64, FV; Art. 27, 29, Abs.2, FusR): Es ist zu begrüßen, dass das Klimareglement und die Energie- und Klimastrategie der Stadt Bern die Grundlage für die Energie- und Klimapolitik der fusionierten Gemeinde bilden. Allerdings ist es bedauerlich, dass die im Klimareglement festgelegten Absenkpfade für Ostermundigen nicht gelten sollen (Art. 52, Abs. 2 FV). Der Tatsache, dass weder die fusionierte Gemeinde noch ewb verpflichtet werden, das Fernwärmenetz nach dem Zusammenschluss im neuen Stadtteil VII (OM) auszubauen (Art. 64, Abs.1, FV) kann entgegen gehalten werden, dass Ostermundigen allenfalls an den Wärmeverbund Worblental angebunden werden kann. Ganz generell bietet die Fusion die Möglichkeit der Infrastrukturerweiterung im Worblental. Wichtig ist, dass der Ausbau der Fernwärme zügig vorangetrieben wird. Als bedauerlich wird die Regelung zum ruhenden Verkehr und den Parkplätzen erachtet, wonach in der fusionierten Gemeinde zwei unterschiedliche Reglemente weiterbestehen werden (Art. 24, FusR). Das Parkreglement scheint aber für das Ostermundiger Gewerbe ein wichtiger Punkt, den wir respektieren möchten. Die Politik der Grünen Freien Liste und ihrer RGM Partnerinnen hat die Lebensqualität in der Stadt Bern in den letzten 30 Jahren enorm gesteigert. Wir sind zuversichtlich, dass unsere Politik bei einer Fusion in Zusammenarbeit mit den lokalen Kräften in Ostermundigen positive Impulse haben wird. Wir sind ferner der Meinung, dass ein neues Parkplatzreglement in den Fusionsdokumenten vom Kern der Abstimmung ablenken würde. Zusammenfassend bedauert die GFL zwar, dass bezüglich Absenkpfade, Fernwärmenetz und Parkplatzreglement kein mutigeres Vorgehen

gewagt wurde und zum Fusionszeitpunkt keine Harmonisierung auf dem Stadtberner Standard angestrebt wird. Die GFL kann die Gegenargumente aber nachvollziehen und im Rahmen der Fusion akzeptieren. Die GFL ist zuversichtlich, dass in einer zusammengewachsenen und fusionierten Gemeinde in allen Bereichen auch gute, konstruktive und gemeinsame Lösungen gefunden werden.

Ressourcenverträge mit der Kantonspolizei (Art. 50-51, FV): Es ist vorgesehen, die beiden Ressourcenverträge der Stadt Bern und der Gemeinde Ostermundigen auch nach der Fusion weiterzuführen. Damit bestehen nach der Fusion auf dem Stadtgebiet der fusionierten Gemeinde zwei unterschiedliche Regimes bei der polizeilichen Aufgabenerfüllung (Art. 50, Abs. 1, FV). Für uns ist das eine unbefriedigende Lösung. Statt die bestehenden Ressourcenverträge weiterzuführen, soll aus Sicht der GFL die Umstellung auf eine eigene Stadtpolizei geprüft werden.

Für die Grüne Freie Liste der Stadt Bern



Tanja Miljanović  
Co-Präsidentin



Matthias Humbel  
Co-Präsident